



29. Mai 2018

## **Zürich macht vorwärts**

Rede zur Nomination als Regierungsratskandidatin an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung SP Kanton Zürich

Liebe Genossinnen, liebe Genossen  
Geschätzte Gäste

Wer in einer bürgerlich dominierten Regierung sozialdemokratische Politik machen will, braucht Nerven, Argumente und einen gut geeichten Kompass. Den geeichten Kompass habe ich dank euch. Ihr begleitet mich kritisch, formuliert Erwartungen, stellt Fragen, manchmal auch unangenehme, schwierige.

Nicht immer seid ihr mit den Antworten zufrieden – und ich auch nicht immer mit den Fragen – und das sagen wir einander auch. Diese Reibungen sind manchmal anstrengend, aber sie sind wichtig und eben – sie helfen mir, meinen Kompass immer wieder zu eichen. Es braucht neben dem geeichten Kompass Argumente.

Von diesen haben wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Hülle und Fülle. Egal, ob es um Einbürgerung, Kulturfinanzierung, Integration oder einen modernen Strafvollzug geht: Die Konzepte, die wir in den letzten Jahrzehnten für eine fortschrittliche Gesellschaft entwickelt haben, sind gute Konzepte. Beispiel Einbürgerung: Eine Nationalfondstudie weist nach, dass Menschen dank der Einbürgerung besser integriert sind und rascher auf eigenen Beinen stehen können. Sie sind weniger auf staatliche Unterstützung angewiesen, also etwas, das auch im Interesse der Bürgerlichen ist. Ja, und so ist es möglich, auch meine Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, dass wir keine weiteren Einbürgerungshürden aufbauen sollten.

Kompass, Argument, tönt ja alles gut und recht. Aber was es auch braucht sind Nerven.

Nerven, wenn man mitbekommt, wie nach der Wahl die Absprachen zur Direktionsverteilung laufen, und man als einzige nicht involviert ist – Machtpolitik ist also keine Exklusivkompetenz linker Stadtregierungen. Nerven braucht's auch, wenn in einem Konflikt die Gegenseite offensichtliche Fehlinformationen in die Runde wirft, die man wegen dem Amtsgeheimnis nicht korrigieren darf.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen  
Ihr habt mir vor vier Jahren mit der Nomination euer Vertrauen geschenkt. Ich bin angetreten als Sozialdemokratin mit unserem gemeinsamen Ziel. Vorwärts machen mit mutigen Entscheiden. Mein Programm hiess: Zürich kann mehr.



Ich habe mit euch unzählige Stunden auf den Plätzen, Wochenmärkte und Bahnhöfen unseres Kantons verbracht. Wir haben kiloweise Schoggi-Eili und Rosen verteilt. Ihr habt mich morgens um sechs und abends um zehn begleitet. Das war eine wirkliche Teamleistung. Ja und dann kam die Wahl und dann kam die Überraschung. Die bürgerliche Regierungsmehrheit hat mir die schwierigste, spannendste und wichtigste Direktion zugesprochen. Das Vertrauen hat mich tief berührt. Damit hatte ich wirklich nicht gerechnet.

Heute kann ich klar sagen: Ich will hier bleiben. Ich sage euch das hier offen, damit ihr das bei eurer Entscheidung über meine Nomination wisst. Als Innen- und Justizministerin trage ich die Verantwortung für die Modernisierung unseres Zusammenlebens auf den Pfeilern des Rechtsstaates.

Was heisst das?

Unser Rechtsstaat ist das Fundament einer freien und sozial gerechten Gesellschaft. Einer Gesellschaft, die sich dazu bekennt, dass alle Menschen gleich sind.

Der Rechtsstaat ist dort, wo Recht nach demokratisch ausgehandelten Regeln definiert und gesprochen wird.

Der Rechtsstaat ist dort, wo nicht die Macht des Stärkeren gilt.

Der Rechtsstaat ist auch das Fundament von Fortschritt zu mehr Gleichheit, zu mehr Gerechtigkeit, zu mehr Freiheit.

Etwas, das uns meiner Meinung nach zu wenig bewusst ist: Ein Rechtsstaat braucht Fachleute in der Verwaltung und an den Gerichten, die mit Mut, Rückgrat und hoher Professionalität jeden Tag diesem Rechtsstaat Leben einhauchen. Bei mir sind das unter anderem: Staatsanwältinnen, die sich nicht mit kleinen Fischen zufriedengeben. Jugendanwälte, die dem Grundgedanken unseres Jugendstrafrechts – schützen und erziehen – gegen alle politischen Widerstände nachleben. Fachfrauen bei der Opferhilfe, die den Zugang zu den Unterstützungsangeboten offenhalten. Gefängnisaufseher, die ihre Arbeit menschenfreundlich und menschenrechtsbasiert ausführen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Eine Gesellschaft, die sich auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität stützt, braucht starke Institutionen. Unabhängige Gerichte, verantwortungsbewusste Behörden, eine unbestechliche Verwaltung. Eine Gesellschaft, die sich auf Freiheit, Gleichheit und Solidarität stützt, braucht aber vor allem auch Politikerinnen und Politiker, die mutig sind. Ja, es braucht meiner Meinung nach mehr Mut in der Politik. Auch wenn Mut nicht immer belohnt wird.



Wir müssen den Mut haben, denen die rote Karte zu zeigen, die die Grundrechte der Straftäter angreifen.

Wir müssen den Mut haben, denen die rote Karte zu zeigen, die die schwierige Arbeit der KESB in den Dreck ziehen.

Wir müssen den Mut haben, denen die rote Karte zu zeigen, die mit perfiden Kampagnen die Menschen am Rande der Gesellschaft stigmatisieren.

Ich werde mich anstrengen, diesen Mut aufzubringen. Das verspreche ich euch. Als Justizministerin des reichsten Fleckens Erde in einem der fortschrittlichsten Länder der Welt, sehe ich das als meine Pflicht. Und etwas werde ich dabei wiederholen und wiederholen: Es gibt keine Null-Fehler-Arbeit und keine Null-Risiko-Gesellschaft. Wer so was fordert, greift zentrale Grundwerte unseres Rechtsstaates an: Rechtsgleichheit, das Prinzip der Verhältnismässigkeit oder das Prinzip des „Im Zweifel für den Angeklagten“.

Genossinnen, Genossen, ich bin demütig geworden in diesem Amt.

Ich bin demütig geworden, wenn ich an Opfer von Verbrechen denke. Aber auch wenn ich an Eltern denke, die sich damit abfinden müssen, dass ihr Kind ein solches Verbrechen begangen hat. Die Grundwerte des Rechtsstaates in Sonntagsreden zu verteidigen, das ist einfach. Die Grundwerte des Rechtsstaates zu verteidigen, wenn man jener Person gegenüber sitzt, die ihren liebsten Menschen durch ein Verbrechen verloren hat, das ein Häftling auf Urlaub begangen hat, ist eine grosse Herausforderung.

Und die macht demütig.

Ich bin aber auch demütig geworden im Amt der Regierungsrätin, weil ich nicht alles realisieren konnte, was ich mir vorgenommen hatte. Und auch einige von euch wider meinen Willen enttäuschen musste. Ja, nicht alles geht sofort, und es geht in einer Demokratie nicht immer genau so, wie man es selber am besten findet. Auch ich regiere nicht alleine und ich regiere schon gar nicht autoritär. Unser System gibt niemandem dem politischen Zauberstab in die Hand.

Die Macht ist bei uns auf viele Schultern und Institutionen verteilt. Sie ist in allen Funktionen begrenzt. Und das ist gut so. Nur so ist eine demokratische Gesellschaft mit Freiräumen für alle möglich. Demütig, mutig, ja und vor allem nach wie vor begeistert.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen.

Ich habe noch lange nicht genug. Ich sagte schon vor vier Jahren: Zürich kann mehr.

Und heute sage ich, Zürich macht vorwärts.



Ja, ich will weiterhin vorwärts machen. Es ist für mich ein grosses Privileg, den Fortschritt unseres Kantons mitzugestalten: von der U-Haft bis zur Kulturfinanzierung, vom Verhältnis Staat-Religion bis zur Aufarbeitung der traurigen Geschichte der Verding- und Heimkinder. von der Integration bis zu den Gemeinden. Gemeinsam mit meinen Fachleuten konnte ich in den letzten drei Jahren vielerorts sozialdemokratische Akzente setzen und Wirkung erzielen. Und daran möchte ich weiterarbeiten.

Ich sehe es letztlich als meine Aufgabe, einen Beitrag zu einem lebenswerten Zuhause für alle zu leisten. Das tue ich bei allen Themen, über die der Regierungsrat entscheidet und ganz speziell dort, wo ich Verantwortung trage, also dort, wo mir die Wählerinnen und Wähler Macht anvertraut haben.

Wenn ihr mir das weiterhin zutraut, dann freue mich über euer Ja zu meiner Kandidatur. Mit meinen Nerven, unseren Argumenten und dem gut geeichten Kompass sollte das auch in den nächsten vier Jahren gut kommen.

Ich danke euch.